

Stadt und Land.

Zur Tagung des Beirats des R. E. U.

Am Freitag tritt der vielloepfige Beirat des Kriegsernaehrungsamtes zusammen, um darueber zu beraten, wie man Besserung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung schaffen soll. Das hier Wandel notwendig ist, darueber sind sich wohl alle klar. In weiten Kreisen ist man der Ansicht, daB die Knappheit der Lebensmittel nicht so drueckend wirken wuerde, wenn eine gleichmaeigere Verteilung staetfaende. Leider haben Aeuferungen, wie von den „begehrlichen Verbrauchern der Großstadt“ und den „Großstädtlern, die die Bauern anbetteln“, (die von Männern an verantwortlicher Stelle getan worden sind), die Vorstellung erweckt, als ob es eine Gnade der Produzenten sei, wenn sie die Staedter etnigermassen mit Lebensmitteln versorgen. Man vergisst, daB wir jetzt, wo wir vom Feinde abgesperrt sind, eine einzige Wirtschaftsgemeinschaft bilden, oder vielmehr bilden muessen, daB in der Nahrungsmittelverteilung kein Unterschied zwischen Stadt und Land gemacht werden sollte, daB man dem Produzenten nicht ein hoeheres Recht einraeumen darf, als dem Verbraucher, der ja in anderer Weise ebenfalls dem Vaterland zu dienen hat. Auch auf dem Lande hat ebenso wie in der Stadt unbedingt die Auffassung Platz zu greifen, daB jeder, der ueber die fuer ihn vom Reiche wegen vorgesehene Menge verbraucht, sich am Vaterlande versuendigt. Ein Gegensatz zwischen Stadt und Land darf in der Lebensmittelversorgung nicht bestehen. Hoffentlich wird der Beirat bei seinen Beratungen am Freitag und Sonnabend das mit allem Nachdruck betonen und auch daeser sorgen, daB seinen Beschluesen die Taten folgen.

Seit Wochen klagen fast alle Groeßstaedte ueber die wachsende Milchnot. Gewis ist die Milcherzeugung auf dem Lande zurueckgegangen, aber keineswegs in dem Maße, wie die Milchlieferung nach den Groeßstaedten. Ein Landwirt gesteht sogar in einer Zuschrift ein, daB es auf dem Lande noch Hunderttausende von Menschen gibt, die Milch abgeben koennen. Er erwaehnt ausdruerklich, daB auf seinem Gute allein, ohne die Leute groeß in ihren Lebensbedingungen beeinflussen zu brauchen, taeglich 100 bis 120 Liter abgegeben werden koennten, im Monat also 3000 bis 3600 Liter. Dieser Tage ist hier nach dem Berliner Rathaus der Brief eines ostpreussischen Gutesigners eingetroffen, der ausdruerklich hervorhebt, daB die Haelfte der Bewohner Deutschlands sehr gut lebt, waehrend die andere Haelfte sich Entbehrungen auferlegen muess, ja sogar darbt. Der Brieffaeschreiber laesst dabei durchblicken, daB die Staedter nur eine gelinde Strafe daeser erhalten, weil sie fruher von den „bummen Bauern“ und den „begehrlichen Agrariern“ gesprochen haetten. Es ist heute waehrlich nicht an der Zeit, sich ueber angebliche Fehler aus vergangener Zeit zu unterhalten, wohl aber, daB die Verhaeltnisse fuer jetzt und in Zukunft gebessert werden.

Ob die Lieferungsvertraege das Allheilmittel sein sollen? Wer steht daeser, daB diese Lieferungsvertraege auch waerlich erfuellt werden koennen? Der Staat, der die Verpflichtung hat, fuer alle gleichmaeig zu sorgen, muess auch die Gewaehr daeser uebernehmen, daB die Lieferungsvertraege erfuellt werden. Wie er fuer das Heer requiriert, so hat er jetzt in Kriegszeiten auch fuer die Zivilbevölkerung die Aufgabe, die Lebensmittel herbeizuschaffen. Der Staat muess uns dazu verhelfen, daB wir von einer bestimmten Stelle aus kraft oeffentlicher Autoritaet bekommen, was uns zusteht, nicht daB der Staedter aufs Land „betteln“ geht. Die Landwirte haben gewissermessen als Organverpflichtete den Gemeinden gegenueber zu stehen. Ob das in privatrechtlicher Form oder in anderer Weise geschieht, kann ziemlich gleichgueltig sein; bei der Getreideversorgung, auch bei der Fleisch- und Kartoffelversorgung kommen solche Vertraege kaum noch in Frage. Hier ist ja die oeffentliche Bewirtschaftung bereits schon in weitem Maße eingetreten.

Ganz und gar fehlt sie noch auf dem mindestens ebenso wichtigen Gebiete der Milchversorgung. In der von uns ausfaehrlich behandelten Eingabe der Fettstelle Groeß-Berlin ist ja bereits an-

gedeutet, wie eine solche Organisation durchzufuehren ist. Es muess auf die laendlichen Produzenten ein Zwang ausgeuebt werden, Milch abzuliefern. Durch Erhoehung des Preises allein wird kaum genuegend Milch in die Staedte kommen. Die Behoerden sollen alles daransehen, die Milch heranzuschaffen, dann koennen sie auch sagen, welche Vergueltung die Versorgten zu zahlen haben. Die unmittelbare Verbindung zwischen Erzeugerorganisation und Bedarfsgemeinde wird nur dann ihre Fruechte tragen, wenn den Lieferanten zum Bewusstsein gebracht wird, daB sie nicht bloess aus gutem Willen liefern, sondern daB es im Kriege ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, diese Aufgabe zu erfuellen. Hoffentlich speisst man die Staedter nicht wieder mit bloessen Vertröstungen ab, und auch der deutsche Staedtetag, der merkwuerdigerweise einen Tag nach der Tagung des Beirates zusammentritt, wird gut tun, nachdruerklich darauf hinzuweisen, daB auch die Staedter verlangen koennen, nicht bloess als Bittende, sondern als Berechtigte angesehen zu werden.